



Düsseldorfer Erklärung:

Allianz für soziale Demokratie in Deutschland

Zur aktuellen Debatte um die programmatische Ausrichtung der SPD erklärt der Sprecherkreis des Netzwerks Berlin anlässlich des Kongresses „Soziale Demokratie: Deutschland 2020“ der Hans-Böckler-Stiftung und des Netzwerks Berlin vom 25. bis 26. Februar 2005 in Düsseldorf:

- **Soziale Demokratie bleibt nur dann ein mehrheitsfähiges Reformprojekt in Deutschland, wenn es der SPD gelingt, klar zu machen, wofür sie steht und für wen sie sich einsetzt.** Dazu gehört es, sich zu den Reformen zu bekennen, die die Bundesregierung eingeleitet hat. Mit diesem Reformprozess tun wir Notwendiges, um auch in Zukunft ein handlungsfähiges Gemeinwesen zu gewährleisten. Sich zu dieser Politik zu bekennen, heißt zugleich klar zu machen, dass die Umsetzung der eingeleiteten Veränderungen erst begonnen hat. So gilt es, alle Kraft darauf zu verwenden, im Zuge der Arbeitsmarktreformen neben den verschärften Anforderungen an Langzeitarbeitslose auch neue Chancen für diese zu eröffnen. Fordern ohne fördern wäre zynisch und falsch.
- **Gleichzeitig muss neben aktivierender Arbeitsmarktpolitik eine Wirtschaftspolitik umgesetzt werden, die Wachstum fördert und neue Arbeit schafft.** Dazu gehören auch verstärkte Investitionen des Bundes in den Bereichen Bildung, Forschung und Infrastruktur. Bevor über neue Konjunkturprogramme entschieden wird, muss der Bund hier durch eine Erhöhung der Mittel notwendige konjunkturelle Impulse setzen. Für neues Wachstum müssen alle ihren Beitrag leisten, die gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen: Politik, Finanzwirtschaft, Gewerkschaften und Unternehmen.
- **Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland können wir uns in den nächsten Monaten weder aktionistische und fehlgeleitete Schnellschüsse noch lethargisches Abwarten erlauben.** Wir müssen mit großer Konsequenz und Beharrlichkeit an der sozialen Erneuerung Deutschlands arbeiten. Dazu gehört es, neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder in Deutschland zu eröffnen und Investitionen zu erleichtern. Wir sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass wirtschaftliche Erträge, die in Deutschland neu investiert werden, zukünftig steuerlich besser gestellt werden, als reine Gewinnausschüttungen. Gleichzeitig muss Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden.
- **In der Debatte um Ausgrenzung und Armut in Deutschland muss die SPD offensiv für Teilhabe und die Erneuerung des Versprechens von sozialem Aufstieg eintreten.** Neben dem Arbeitsmarkt geht es dabei vor allem um die Bildungs-, Familien- und Gesundheitspolitik. Viel stärker als in anderen Ländern entscheidet in Deutschland die soziale Herkunft über Bildungs- und damit über Lebenschancen. Mit diesem Zustand dürfen wir uns auf keinen Fall abfinden. Wir brauchen einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland, eine Bildungspolitik, die von Anfang an auf individuelle Förderung der Talente jedes einzelnen Kindes setzt und Leistung statt Herkunft zum entscheidenden Maßstab für die

Verwirklichung individueller Lebenschancen macht. Die derzeitige Ausgrenzung – Ergebnis einer verfehlten Bildungspolitik der Vergangenheit – ist ungerecht und auch wirtschaftlich untragbar. Kein Kind darf aufgegeben werden.

- **Zudem muss in unserer Gesellschaft gelten, gerade diejenigen nicht im Stich zu lassen, die sich nicht selbst helfen können. Teilhabe, sozialer Aufstieg und auch soziale Sicherheit erfordern einen handlungsfähigen Staat.** Er kann nicht alle Probleme lösen - auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind gefragt. Aber der Staat kann und muss seine Aufgaben wahrnehmen, wenn es gilt, individuelle Lebenschancen zu eröffnen und große soziale Lebensrisiken abzusichern. Die Konservativen in Deutschland versuchen den Staat zur Ursache aller Probleme zu erklären. Diese Ideologie hat schon in anderen Ländern ihre verheerende Wirkung entfaltet. Die traditionalistische Linke hat in der Vergangenheit Fehlentwicklungen im staatlichen Handeln all zu lange ignoriert und schön geredet. Die SPD muss klar machen, dass wir auf einen handlungsfähigen, aktivierenden und integrierenden Sozialstaat setzen - nicht auf dessen Schwächung oder gar Abschaffung. Ein effizient organisierter Sozialstaat dieses Charakters bedarf allerdings einer soliden Finanzausstattung, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können. Wir stehen nicht für die Privatisierung von Lebensrisiken. Klar ist aber, dass soziale Absicherung in Deutschland zukünftig unter grundlegend veränderten Bedingungen zu organisieren ist. Dazu gehören schrittweise auch andere Grundlagen der Finanzierung des Sozialstaates. Grundsätzliche befürworten wir einen stärkeren steuerlichen Anteil an der Finanzierung des Sozialstaates.
- **Das verletzte Gerechtigkeitsempfinden und das verbreitete Ohnmachtsgefühl vieler Menschen gegenüber Staat, Wirtschaft und Gesellschaft lähmen unser Land. Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung und die soziale Erneuerung ist es, diese Vertrauenskrise zu überwinden.** Dazu gehören mehr Transparenz bei Managergehältern und Politikerbezügen ebenso wie die Bereitschaft, staatliche und wirtschaftliche Institutionen zu erneuern. Wer von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürgern Veränderungsbereitschaft fordert, darf bei sich selbst nicht halt machen. Vor allem aber muss jederzeit klar sein, dass sich die Politik in Deutschland nicht mit sich selbst, sondern mit den Problemen und Chancen unseres Landes beschäftigt. Die SPD muss dabei mit dem Gesicht zu den Menschen ihre Wahrnehmung dafür schärfen, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt und verunsichert. Mehr noch aber muss sie ehrlich und offen Orientierung geben, indem sie für einen Erneuerungsprozess einsteht, der erst die Voraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit schafft.
- **Wir müssen die Auseinandersetzung mit den Konservativen in Deutschland über die Frage aufnehmen, in welchem Land die Menschen in Zukunft in Deutschland leben wollen.** Dabei stehen sich sehr unterschiedliche Positionen gegenüber. *Wir* setzen dabei auf eine erneuerte soziale Demokratie. *Unser* besonderes Augenmerk gilt denjenigen in Deutschland, die tagtäglich hart für sich und ihre Familien arbeiten, die Steuern und Abgaben bezahlen und sich an die Regeln halten. Für diese solidarische Mitte der Gesellschaft arbeiten wir, in ihr muss die SPD mehrheitsfähig bleiben.
- **Dazu muss die Sozialdemokratie den Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften suchen, die in Deutschland für Teilhabe, Zusammenhalt und soziale Aufstiegsmöglichkeiten eintreten.** Dazu gehören verantwortungsbewusste Menschen in Kirchen, Gewerkschaften, den Unternehmen und der Wissenschaft. Deutschland braucht eine Allianz für soziale Demokratie. In diesem Sinne arbeitet das Netzwerk Berlin für eine erfolgreiche und mehrheitsfähige SPD.